

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Besteller
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Zentrale).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 74.

Berlin, Mittwoch, 18. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Werbt Abonnenten für den „Gewerkeverein“!

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwärts auf der ganzen Linie! — Verhältniswahl
zum Berliner Gewerbegericht. — Aus einer holländischen
Schweizergrube. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-
Leit. — Verbands-Leit. — Anzeigen-Leit.

Vorwärts auf der ganzen Linie!

Mit dem Eintritt der Herbstzeit muß die Arbeit
für die Organisation mit gesteigerten Kräften beginnen.
Jetzt gilt es mit fröhlichem Eifer von neuem zu zeigen,
daß wir vorwärts wollen. Insbesondere die Ortsver-
bände müssen die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen,
belebend und anspornend auf die Gesamtbewegung
einwirken.

Das neue Gewerkevereinsprogramm muß
den Mitgliedern näher gebracht werden. Durch Referate
und Debatten soll man es in seine einzelnen Teile
zerlegen und sich über den Inhalt ausdrücken, um
so Ideale, Wesen und Zweck der Gewerkevereine be-
ständlicher zu machen, die Kenntnis darüber zu vertie-
fen und die Kollegen gegen gegnerische Angriffe zu
wappnen. Ortsverbände und Ortsvereinsver-
sammlungen, Diskussionsklubs und Vertrauensmänner-
sitzungen sind die geeigneten Orte dazu.

Die Steigerung der Opferwilligkeit und
Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder ist fortgesetzt
notwendig. Um den Gewerkevereinsgedanken zum
Sieg zu führen, dürfen wir in beiden Fragen nicht
hinter anderen Organisationen zurückbleiben. Aus der
klaren Erkenntnis des Wesens der Gewerkevereine
folgt von selbst schon die Begeisterung, sich ihren
Zielen mit der ganzen Persönlichkeit hinzugeben.

Die Abwehr von Angriffen ist ununter-
brochen nötig. Die Gegner von rechts und links
ruhen nicht in der Verunglimpfung der Gewerkevereine.
Man lasse sich dadurch nicht aufregen; aber wenn der
geeignete Augenblick gekommen ist, sollen die Orts-
verbände zugreifen und durch eindrucksvolle Rund-
gebungen in Wort und Schrift die Angriffe energisch
zurückweisen.

Aber nicht nur in der Abwehr von Angriffen
darf die Arbeit unserer Kollegen bestehen, nicht bloß
auf die Verteidigung der bisherigen Stellung dürfen
wir uns beschränken, sondern wir müssen den Willen
zeigen, neue Eroberungen zu machen. Die Orts-
verbände müssen aus sich herausgehen und den Ge-
werkevereinsgedanken in Kreise tragen, die ihn bisher
noch gar nicht oder nur vage kennen gelernt haben.
Beteiligung an Gewerbegerichts- und Krankenkassen-
wahlen, eventl. auch an Stadtverordnetenwahlen sind
neben einer regelmäßigen Bedienung der Presse, der
Veranstaltung von gut vorbereiteten öffentlichen Ver-
sammlungen u. a. der geeignete Weg. Zu der Be-
teiligung an Wahlen ist eine gute Vorbereitung auch
durch frühzeitiges Zusammentragen von Geldmitteln
nötig. Die früher hollischen Zuschüsse aus der Verbands-
kasse müssen wegen der erfolgten Herabsetzung der
Verbandsbeiträge fortfallen. Gesteigerte Anteilnahme
breiter Mitgliederkreise an den Wahlen und ihren

Vorbereitungen wird mit Rücksicht diesen Ausfall
erzeugen.

Ein Umschlag in der Wirtschaftslage steht zweifel-
los bevor. Für den Winter ist mit einer erheblichen
Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wahr-
scheinlich wird dann auch von Seiten der Unternehmer
versucht werden, die Arbeitsbedingungen zu
verschlechtern. Daher gilt es schon jetzt zum Ein-
tritt in die Organisation zu mahnen und Kräfte zu
sammeln, um den drohenden Verschlechterungen mit
Erfolg entgegenzutreten zu können. Ihr seid gewarnt!

Zwei Arme hat die Arbeiterbewegung, um für
die „Hebung der Arbeiterklasse zur Selbständigkeit
und Gleichberechtigung“ einzutreten: Den Arm der
wirtschaftlichen Organisation im Gewerkeverein und
den der politischen Arbeit, zur Beeinflussung der
Gesetzgebung. Die Gesetzgebung der nächsten Periode
bringt viele für die Arbeiterklasse wichtige Fragen zur
Gesetzgebung: In Frauen und Kindern das Wahl-
recht, im Reiche das Versammlungrecht, den ge-
hehrenden Maximalarbeitszeit für Frauen, die Witwen-
und Waisenversicherung, die Reform der Arbeiterver-
sicherung und die Arbeiterkammern. Der Verbandstag
hat klar seinen Willen ausgesprochen, daß er von den
Mitgliedern verlangt, sie sollen außerhalb der Ge-
werkevereine sich in den ihnen zuzulagenden bürgerlich-
freiwilligen Parteien politisch betätigen und dort
ihren Einfluß zugunsten der Arbeiter ausüben. Unter
Anerkennung der Grenzlinien zwischen Gewerkeverein
und Partei sind die Mitglieder regelmäßig auch auf
die Verpflichtung zu politischer Arbeit hinzuweisen.

Ein Agitationsmittel von nicht zu unterschätzender
Bedeutung ist die Mitgliederwerbung von Haus
zu Haus. In die Wohnungen aller Arbeiter werden
Sonntags Druckschriften mit angehängtem Aufnahme-
schein gebracht. Letzterer wird am nächsten Sonntag
abgeholt und dabei durch mündliche Beipredung ver-
sucht, den Arbeiter zu gewinnen. Gleichzeitig muß
die örtliche Presse bedient werden, um durch sie den
Boden zu lockern. Mache man allseitig einen solchen
Versuch und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ueberhaupt alles, was ein Glied der Gewer-
kevereinsbewegung zur Ausbreitung unserer Ideen unter-
nehmen kann, muß gut geschehen. Es kommt nicht
so sehr darauf an, daß alle acht Tage etwas Neues
gemacht wird, als vielmehr auf die entscheidende, sorg-
fältige Ausführung dessen, was einmal begonnen
wurde. Es kann gar nicht genug gesehen, um den
Erfolg einer eingeleiteten Maßnahme zu sichern. Die
Verantwortung für Erfolg oder Mißerfolg hängt an
den Ausschüssen, die sich der Bedeutung des Amtes
stets bewußt sein sollen.

Alle diese Arbeiten erfordern eine große Anzahl
geschulter Kollegen in den Ausbreitungs- und Orts-
verbänden. Die Verbandsleitung kann nicht überall
helfend einspringen. Besonders durch eifriges Studieren
müssen sich daher überall Kräfte heranzubilden, die
wissen, wie aus der völligen Umgestaltung der volks-
wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterstand in die

jetzige ungünstige soziale Lage gebracht und auf
welchen Wegen hier eine Abänderung zu erreichen ist.
Nur wer Ziel und Wege kennt, wird unausfallsam
vorwärts schreiten können. Es ergeht deshalb an die
befähigten Kollegen der Ruf, ihre Zeit zu theoretischer
und praktischer Ausbildung zu benutzen. Es können
nie zu viele Kräfte vorhanden sein, die befähigt sind,
aus eigenem Antriebe ohne feste Annahme die Ge-
werkevereine ihres Bezirks vorwärts und aufwärts zu
führen.

Wo wir hierbei mit Rat und Tat helfen können,
wird man uns immer bereit finden.
Berlin, 16. September 1907.

Der geschäftsführende Ausschuss
des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Verhältniswahl zum Berliner Gewerbe- gericht.

Durch die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz vom
Jahre 1901 ist im § 15 die Bestimmung getroffen,
daß die Wahlen der Besitzer nach dem System der
Verhältniswahl stattfinden können. Bereits im Jahre
1901, als diese Novelle in Kraft trat, richtete daher
der Verband der Deutschen Gewerkevereine
an den Magistrat der Stadt Berlin das Ersuchen um
Einführung des Verhältniswahlsystems bei dem Berliner
Gewerbegericht. Heute ist nämlich die Sache so, daß das
Berliner Gewerbegericht, soweit die Arbeiterbesitzer in
Betracht kommen, nur von Sozialdemokraten besetzt
ist, während die viele Tausend Mitglieder zählenden
nichtsozialdemokratischen Organisationen gänzlich un-
vertreten sind. Trotdem wollte der Magistrat damals
von der Einführung des Verhältniswahlsystems nichts
wissen. Ebenso lehnte die Stadtverordnetenversamm-
lung einen entsprechenden Antrag des Stadtverordneten
Goldschmidt und Gen. ab.

Seitdem sind nun etwa 6 Jahre ins Land ge-
gangen. Bis zum 1. September 1906 war bereits
an 51 deutschen Gewerbegerichten das Verhältniswahl-
system eingeführt. Auch sonst hat sich der Gedanke
der Verhältniswahl in Deutschland mächtig Bahn ge-
brochen. Während das Gewerbegerichtsgesetz die Ein-
führung der Verhältniswahl nur in das Belieben der
Gemeinden stellte, hat bereits das im Jahre 1904 er-
lassene Kaufmannsgerichtsgesetz die Verhältniswahl für
die Wahl der Besitzer vorgeschrieben, und auch bei
der Verfassungsrevision in Württemberg wurde be-
stimmt, daß ein Teil der Abgeordneten auf dem
Wege der Verhältniswahl gewählt würde. Nachdem
sich der Gedanke der Verhältniswahl sich so viele
Freunde erworben hat, hat jetzt der Verband der
Deutschen Gewerkevereine an den Magistrat der Stadt
Berlin erneut den Antrag gestellt: „Magistrat
wolle beschließen, eine Änderung des be-
stehenden Statuts des Berliner Gewerbe-
gerichts dahingehend herbeizuführen, daß für
die Wahlen der Besitzer das System der
Verhältniswahl zur Anwendung gelangt.“
Die ziemlich eingehende Eingabe berechnet die Anzahl
der nächstbeteiligten Arbeiter, die für die Einführung
des Verhältniswahlsystems sind, allein in Berlin auf
40 000, während die Sozialdemokraten bei der letzten
Wahl im Herbst 1906 nur 7373 Stimmen auf ihre
Kandidaten vereinigt haben. Aus der Eingabe heben
wir noch folgende Stelle hervor:

„Diese anderwärtige Entscheidung empfiehlt sich be-
sonders im Interesse der Selbstverwaltung. Die Gegner
der Selbstverwaltung werfen ihr vor, daß sie nicht immer

Schaden damit verknüpft ist. Als einen Appell an das laufende Publikum veranlaßt der Kämpferbund am Freitag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathhauses eine öffentliche Versammlung über das Thema: Das laufende Publikum und der 8 Uhr-Ladenschluß. Es liegt jedenfalls im Interesse der Sache, wenn auch von unseren Verbändengenossen die Versammlung besucht würde, um diese Kundgebung für den 8 Uhr-Ladenschluß möglichst einbruchslos zu gestalten.

Freigang in den evangelischen Arbeitervereinen sucht das „Reich“ für die christlichen Gewerkschaften zu machen, indem es aus der Rede eines Regensburger Pfarrers auf dem Landesfest des bayerischen Hauptvereins des evangelischen Bundes eine Stelle herausgreift, in welcher der evangelische Arbeiter der Ansicht an die christlichen Organisationsangehörigen abgelegt wird. Demgegenüber verweisen wir auf einen Artikel im „Unterbairischen Volksblatt“, dem Organ der evangelischen Arbeitervereine Unterhahns, in welchem Betrachtungen über den Kampf im Berliner Bewegungsbereich angeführt werden. In diesem Artikel heißt es u. a. von den Gewerksvereinen, daß sie keineswegs sich nach Subtilitäten oder je nach dem Wohlwollen der Unternehmer unterwerfen, nein, gerade die kirchlichen Dünkler haben es bemerkt, daß, wenn das Mittel der geistlichen Vereinbarung nicht zieht, die letzte Waffe, der Streik, mit aller Schärfe angewendet wird“. Und dann heißt es weiter:

„Wir sagen daher, trotz all dem großen Geschrei der „Freien“ und der Christlichen haben die „Kirch-Dünklerischen“ Gewerksvereine an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung, weil sie dem Ideal einer weltlichen Organisation entsprechen. Es wäre im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung notwendig, wenn die Phrase: „Klassenkampf“ endlich beiseite gelegt würde. Wir evangelischen Arbeitervereine werden uns ernsthaft bemühen, unseren Mitglüdern den Weg zu dieser Organisation zu zeigen, die weltlich Arbeiterinteressen vertritt.“

Das ist eine Empfehlung, der man es anmerkt, daß sie aus dem Herzen kommt. Hoffentlich wird sie in den evangelischen Arbeitervereinen recht eifrig befolgt.

Rückständig wie immer und überall haben sich die Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen auch in Köln gezeigt, wo sie sich in einer Eingabe an die Handelskammer gegen die Verwendung öffentlicher Mittel zugunsten des kaufmännischen Unterrichts für weibliche Angestellte ausgesprochen haben. Offensichtlich sind sie damit gründlich abgelenkt, denn die Handelskammer hat ihre Stellung zu der Frage dahin festgelegt, daß bei der großen Ausdehnung, welche die Verwendung weiblicher Hilfspersonen im Berufsleben und namentlich im Handelsgewerbe tatsächlich erfahren hat, das Bedürfnis nach geeigneter Fortbildung für weibliche Angestellte anerkannt werden müsse. Bei der Einrichtung derartiger Unterrichtsmaßnahmen ist selbstverständlich dem besonderen Bedürfnis der weiblichen Angestellten und ihren sozialen Verhältnissen Rechnung zu tragen. — Uebrigens sollte man sich bei einer Organisation, die einen wesentlichen Teil ihrer geistigen Waffen aus der Arbeitskammer des Mittelalters bezieht, über derartige veraltete Anschauungen nicht mehr wundern.

Klagen über den Terrorismus der „Freien“ Gewerkschaften kann man seit täglich in den Organen der christlichen Organisationen finden. Wir wissen leider aus eigener Erfahrung, daß diese Klagen nur allzu berechtigt sind, müssen aber hinzufügen, daß auch auf christlicher Seite gerade unseren Kollegen gegenüber nicht immer dasjenige Maß von Toleranz geübt wird, was man gerade dort erwarten möchte. Manche unqualifizierte Vorgänge haben wir mitteilen können. Und daß diese Klagen nicht unberechtigt waren, zeigen folgende, aus der „Dortmunder Zig.“ entnommene Sätze:

„Wir wollen hier nur noch auf den unethischen und beispiellosen Druck hinweisen, den die christlichen Gewerkschaftler innerhalb des Betriebes auf ihre Mitarbeiter ausüben, um sie zum Eintritt in ihre Gewerkschaft zu zwingen. Schimpfwörter der niedrigsten Art, Beleidigungen in der grössten Form werden ausgehoben, bis es den Unorganisierten schließlich unumgänglich geworden ist, noch länger auszuhalten. Einmal diese Tortur nicht, so geht man zur Gewalt über. Ausserordentlich viele Arbeiter haben Wasserqualen durchmachen müssen, und das anfängliche außerordentliche Aufschwollen der christlichen Gewerkschaften ist vielfach durch diese Tatsachen zu erklären. Auch hieraus ergibt sich zur Evidenz, wie die Zentrumsgewerkschaftler in der Tat die Koalitionspolitik ablehnen.“

Vielleicht nehmen sich die christlichen Führer diese Ausführungen zu Herzen und machen ihren Einfluß in der Richtung geltend, daß die eigenen Mitglieder Andersgearteten gegenüber die nötige Duldsamkeit üben. Erst wenn das geschieht, haben sie das Recht, über den Terrorismus der „Freien“ Beschwerde zu führen.

„**Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!**“ Im „Korrespondent“ der Buchdrucker hatte sich ein Herr S. in einem Artikel darüber beschwert, daß die Buchdrucker bei den „Veipz. Neuest. Nachr.“, obwohl diese Zeitung nach einer Mitteilung der sozialdemokratischen „Veipz. Volksztg.“ jetzt 90 000 Mark Mehreinnahmen habe als früher, nur 150 Mark verdienten. Die Redaktion des „Korr.“ antwortete darauf dem Artikelschreiber u. a. wie folgt:

„Wenn S. sagt, wie erdmüht kommen einem da die 150 Mark vor, die wir bekommen haben“, so kann er diese Ruhmwendung auch auf die „Veipz. Volkszeitung“ übertragen, die auf das eingesparte Kapital im vergangenen Jahre nahezu je 314 Prozent Dividende erzielte. Auf je hundert Mark eingespartes Kapital wurde ein Gewinn von sechs Mark erzielt; haben nun die Arbeiter in der „Veipz. Volksztg.“ an diesem Stübchenbesitzer, den sie durch ihre Arbeit mitverleihen, irgend einen Anteil gehabt? Genau so wenig wie die Arbeiter in den „Veipz. Neuest. Nachr.“ an der angeblich 90 000 Mark betragenden Mehreinnahme. Kapitalistische Politik haben wir drüben! Es ist peinlich, wenn ein Blatt wie die „Veipz. Volksztg.“, die die Prinzipien des Sozialismus in Reinkultur pflegt, sich derartiges sagen lassen muß.“

Die Koalitionseinstellung der Diktation der Arbeiter über die wir in voriger Nummer berichteten, gibt auch dem „Reich“ Anlaß zu einigen Bemerkungen. Das christlich-ök. Blatt knüpft an die Veröffentlichung der „Belanunmachung“ die Worte:

„Es wäre wichtig festzustellen, ob dieser Ullast sich nur gegen die Sozialdemokratie richtet, weil sie unpatriotisch und revolutionär ist, oder ob es sich um den alten Arbeitgeber-Hochmut handelt, der dem Arbeiter das Recht und die Freiheit der Koalition überhaupt verweigern will.“

Es scheint danach, als wenn das „Reich“ nichts dabei fände, wenn man die sozialdemokratischen Arbeiter anders behandelt, als beispielsweise christliche. Von einer grundsätzlichen Beurteilung der Verletzung des Koalitionrechtes ist in jenem Satze mit keinem Worte die Rede. Es ist ein gefährliches Spiel, welches das „Reich“ hier treibt. Denn als „Sozialdemokraten“ gelten sehr viele Arbeiter aller Arbeiter, die es überhaupt wagen, Forderungen zu stellen. Es ist also keineswegs ausgeschlossen, daß das, was dem alten Verbands jetzt auf der Grube Georg Friedrich passiert ist, dem christlichen Verbands später anderswo einmal passiert.

Eine ebenso dumme wie dreiste Zumutung stellt die hochgradige „Schleif. Zig.“ in ihrer Nummer vom 12. September an ihre Leser. Unter der Überschrift: „Wie werde ich Rentner?“ veröffentlicht sie da einen langen Artikel, der ihr als Brief aus Berlin, von einer Breslauer Frau aus dem Volke zur Verfügung gestellt wird. In diesem angeblichen Briefe wird der „Breslauer Frau aus dem Volke“, die höchst an den „alten Gewerksvereiner“ der „A. Arbeiter-Zig.“ erinnert, seitens einer Berliner Anweisung erteilt, wie sie in den Besitz einer Invalidenrente kommen kann. Die ganze Geschichte ist aber so plump angefaßt, daß man sofort merkt, daß einem solchen Briefe keine Arbeiter geschrieben haben kann, und daß man wirklich erstaunt ist, wie eine Zeitung ihren Lesern derartiges bieten kann. Der Raum gestattet es nicht, den ganzen „Brief“ hier zum Abdruck zu bringen. Um aber unsere Leser selbst ein Urteil fällen zu lassen, geben wir wenigstens einige Stellen daraus wieder. Da heißt es also als Anfang:

„Liebe Schwägerin, ich bin ganz voll darüber, was mir mein Wilhelm erzählt hat. Du bist schon 55 Jahre und hast noch keine Invalidenrente? Da bist Du aber schon dumm, oder ist das bei Euch üblicher so eine allgemeine Einrichtung? Bei uns hier weiß jedes, wenn so die Jahre kommen, wo man nicht mehr ganz flott ist, sich auch seine Invalidenrente zu verschaffen, denn wir sind hier fortgeschritten, und wenn es jemand noch nicht weiß, dann kommen die Kontrollbeamten und sagen einem, wie man es machen muß. Weil wir doch jetzt Sozialpolitik haben, damit wir armen Leute auch mal Renten werden und es bloß darauf ankommt, daß man weiß, wie und wo. Und wir hat es unser Kontrollbeamter Ehrgenquast gesagt, der Regelbruder von meinem Schwägeren, dem Herrmeister, und da will ich Dich auch aufklären, damit Du ebenfalls zu Deiner Berechtigung kommst.“

Nach dieser vielversprechenden Einleitung kommen dann Rathschläge, wie die „liebe Schwägerin“ es anzufragen hat, um eine Rente zu erhalten. Die Sache ist ganz einfach. Sie wendet sich nur an solchen Kontrollbeamten Träger, und wenn alle Stränge reifen, wenn man ihr bei der Versicherung die Sache zu schwer macht, dann soll sie einfach zu einem Arbeitersekretär gehen. Das sind nämlich Leute und Jedenfalls aber soll sie durch alle Instanzen gehen, denn es kostet ja nichts. Den Vogel schießt die Briefschreiberin dann zum Schluß ab, in dem es heißt:

„Nicht Dir also die Sache bald ein, damit auch Du Deine Rente noch in den nächsten Jahren kriegst. Du

bist noch eine ganz ansehnliche Person, und wenn Du jährlich etwas fetter bist, nimmst Du leicht wieder eine ansehnliche Partie für Dich, vielleicht einer von der ersten oder sonst etwas Solides. Eine Frau mit solchen Einkünften kann ja doch Ansprüche machen. Und wenn Du dort feststeht, auf die das Geld auch paßt und Du noch nicht leben, so kannst Du ihnen ja einen großen Gefallen tun, indem Du sie ebenfalls auflarst. Die Sozialpolitik wird doch etwa für uns arme Leute gemacht, da ist es unsere Pflicht, auch dem Staate entgegenzukommen und uns nicht zu verhedden, wenn man uns wohl tun will.“

Man lacht herzlich, wenn man das liest. Denn die ganze Geschichte hat zweifellos einen unfürsorglichen Anlaß; sie vertritt aber gleichzeitig ein gerütteltes Maß von Bosheit. Der ganze Brief verfolgt offenbar keinen anderen Zweck, als die Sozialpolitik in der Öffentlichkeit herabzusetzen, zu diffundieren, gegen sie scharfzumachen. Die Arbeiter werden als Rentensüßer hingestellt, die Kontrollbeamten als gewissenlose Individuen, die ihre Stelle mißbrauchen, und die Arbeitersekretäre als Leute, die ohne Rücksicht der Sache alles vertrieben, was ihnen in den Lauf kommt. Ein Glück, daß die Geschichte so unglücklich angefangen ist, daß man sofort die Absicht merkt, ohne verstimmt zu werden. Wir haben die sozialpolitischen Kenntnisse der „Schleif. Zig.“ nie allzu hoch bewertet, müssen aber doch eingestehen, daß wir sie noch zu hoch eingeschätzt haben. In anderen Fällen müßte sie wissen, wie ungeheuer schwer es ist, eine Invalidenrente herauszuschlagen. Jener Brief ist sonach zweifellos das Aderente, was bisher auf diesem Gebiete getrieben worden ist.

Ein geradezu vernichtender Artikel über die Kruppischen Wohlfahrtsanstaltungen hatte vor kurzem, wie von uns ausführlich berichtet wurde, das Gewerbegericht zu Bremerheim gefaßt. Die Firma Krupp wurde beurteilt, einem Mitgliede des Gewerbevereins der Maschinenbauer die bis zu seiner Entlassung geleisteten Beiträge zur Pensionskasse zurückzuführen, weil das Gericht der Meinung war, daß verschiedene Bestimmungen des Statuts der Kruppischen Pensionskasse gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoßen. Die Folge dieser Entscheidung war, daß auch andere Arbeiter Klagen an die Firma stellten und an das Gewerbegericht in Essen mit ihren Forderungen herantraten. Das Gewerbegericht in Essen jedoch erklärte im Gegenzug zum Gewerbegericht in Bremerheim auf kostenpflichtige Abweblung. Es wurde zwar festgestellt, daß die Bestimmung in Paragraph 55 des Statuts der Pensionskasse, wonach mit dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Werke der Firma Krupp jeder Anspruch an die Pensionskasse erlöschen sei, eine Härte und Unbilligkeit bedeute. Ein Verstoß gegen die guten Sitten liege aber darin, sowie auch in der Bestimmung, daß alle Fabrikangehörigen gewarungen seien, der Pensionskasse anzugehören, nicht zu finden. Solche Maßnahmen hingen, so laut das Urteil weiter, mit der Lebensfähigkeit der Pensionskasse zusammen, auf der das gesamte Versicherungswesen sich aufbaue, was schon daraus hervorgehe, daß eine einzige Jahresperson den Betrag der gesamten einzubehaltenen Beiträge eines Mitglieds bis zur Pensionsberechtigung bei weitem übersteire. Zwei von den Klägern, deren Forderung den Betrag von 100 Mk. übersteire, haben gegen das Urteil Berufung beim Landgericht eingereicht. Man darf gespannt sein, welche Stellung dasselbe einnehmen wird.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C. Sophienstr. 18, eröffnet am Dienstag, den 1. Oktober c., ihre Winterkurse für Männer, Jünglinge und Damen. Der Unterricht erhebt sich auf Deutsch, Aufsatz, Briefstil, Literatur, Rechtschreiben, Rechnen, Schönschreiben (Handschreiben), kaufmännisches Rechnen und kaufmännische Korrespondenz, einfache und doppelte Buchführung, Englisch und Französisch, Gesang, Turner, Stenographie (Arbeits), ornamentales und figurliches Freihandzeichnen, Zirkel- und Projektionszeichnen, Malen nach dem lebenden Modell. In den allgemeinen Fächern, Deutsch und Rechnen, sind drei aufsteigende Kurse vorhanden. Das Ziel deutschen Unterrichts ist richtiges Sprechen, richtiges Schreiben und hingemäße Darstellung der Gedanken. Im Redenunterricht wird außer den üblichen Redungsarten auch Algebra behandelt. Für Angehörige der Holzbearbeitungs- und Metallindustrie, für Sattler, Tapeziere und Dekorateur bestehen Fachkurse. Neu eingerichtet ist ein Kursus für Schaufensterdecoration, verbunden mit Nachschreibungen, und ein Deklamations- und Vortragskurs. Die Unterrichtszeit ist an den Wochentagen abends von 8^{1/2} bis 10 Uhr und Sonntags von 9 bis 11 Uhr. Anmeldungen können schon jetzt bewirkt werden im Bureau des Vereins an den Vereinsabenden oder im Schullokal an den Unterrichtsabenden.

die Forderungen ihrer Zeit erkenne, deshalb oft durch Reichesgesetz erzwungen werden müßte, das Richtige zu tun. Die Verhältniswahl ist eine solche Forderung der Zeit. Wird sie in der Reichshauptstadt abgelehnt, so werden ihre Anhänger die Forderungen nach ihrer zwingenderen Einführung durch Gesetz erheben. Und die Gegner der Selbstverwaltung werden um einen Beweis von ihrer Ansicht reichlich sein.

Wie wir hören, tragen sich noch verschiedene andere Arbeitervereinigungen mit dem Plane, einen eberwölkten Antrag an die Stadtdirektion zu richten. Die Gewerksvereine haben übrigens auch den Antrag selbst an die Plenarversammlung des Gewerbegerichts gerichtet. Die Sozialdemokraten werden also dabei Geiseln sein, zu zeigen, ob sie nicht bloß in ihrem Programm, sondern auch tatsächlich für die Verhältniswahl sind. Jedenfalls darf die große Zahl der nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht länger von der Beteiligung an der Rechtspredigung ausgeschlossen bleiben.

Aus einer künftigen Schwefelgrube.

Nicht weniger als 40000 Arbeiter in den künftigen Schwefelgruben haben vor kurzem die Arbeit eingestellt, weil sie sich die von den Besitzern vorgeworbenen Lohnherabsetzungen nicht gefallen lassen wollten. Die hohe Zahl der Aufständigen zeigt schon, welchen Umfang die Schwefelproduktion der Insel Zypern hat. Dieselbe beträgt über 3 Millionen Doppelcentner jährlich und wird von über 300 Gruben, die in Privatbesitz sind, geleistet. Welche grauenhaften Zustände daselbst noch herrschen, zeigt eine Schilderung, die der Besucher einer solchen Schwefelgrube im September der „Deutschen Revue“ gibt. Lassen wir ihn selbst reden!

Am die Mittagszeit, nach anderthalbstündiger Fahrt, wurde die in einem Talkessel gelegene Grube erreicht. Es war Mitte März, und die Sonne brannte schon heiß auf die kalten Felsen. Ein starker Schwefelgeruch machte sich bemerkbar, und die grau-weißen Hänge waren von dem leichten Rauchgas der Schwefelkuppeln, der Calcareone, umgeben. Da und dort zeigten sich schwarze, kleine Flecken in dem hellen Gestein: die Eingänge zu den Gruben. Um diese Minenöffnungen und umher auf den Hügeln bewegten sich bis zum Gürtel entblößte Männer; sie schoben aus dem Berginneren die mit Schwefelsteinen schwer beladenen Karren auf Förderbahnen nach den Lagerstätten und schafften von dort aus die Steine nach den oben genannten Calcareone, d. h. nach gemauerten, unten mit einer Öffnung versehenen Trichtern, die, wenn gefüllt, angezündet werden. Der Schwefelmeiler verbrast sich dann selbst und gibt den flüchtig gemordenen Schwefelstein aus der dampfenden Nüst durch eine eiserne Röhre in Gefäße von bestimmter Form und Größe, in denen der Schwefel zu kugelförmigen Stücken erstarrt.

Nach dem Wecheln der Kleider fuhr ich in einem niedrigen Fohlstuhl durch einen engen Schacht 150 Meter tief in einen 1200 Meter langen Luerstollen hinunter, den eine Förderbahn durchzieht. Die Luft ist feucht-heiß wie in den Tropen und das Atmen durch geringen Sauerstoffgehalt erschwert. In dem schmutzigen Stollen glühen rote Punkte und schieben sich hin und her; es sind die Grubenlichter der Arbeiter, die halbnaht und schweißbedeckt die Schwefelkarren schieben. Der Gang ist niedrig. Man kann nur tief gebückt vorwärts schreiten und muß noch besichtigen, an seitwärts vorkommendem oder von oben herabhängendem dunklen Gestein sich zu verlegen. Von den schimmernden Gipswänden tropft das schwefelige Wasser auf den glitschigen Boden.

Am Ende des Stollens hört die Förderbahn auf, und es geht auf steilen, ausgebreiteten, schlüpfrigen Neigungen weiter 60 Meter in einem noch niedrigeren Schrägstollen zu der Aushöhlung hinunter, wo mit heißen Schlägen das Schwefelgestein herausgehoben wird. Erschreckend heiß, aalwarme Luft strömte uns entgegen und benimmt den Atem. Auf und ab hin und her tanzen gleich Irrlichtern zitternde, dunkelrötliche Flämmchen, die kleinen Grubenlaternen völlig nach Knaben von dreizehn bis vierzehn Jahren, der Garust. Mit ihren noch weitestgehenden Gliedern schleppen sie in vierzig Bind schwerer, mit den Schlauchenden durch den Mund gezogenen Seilen stöhnend und kuckend, alle Muskeln gespannt und in Schweiß gebadet, die Schwefelsteine zu der Förderbahn hinauf. Die mageren Arme haben sie unter der auf dem gebeugten Rücken ruhenden Last gekrenzt. Unausführlich schieden sich die schwankehenden Gestalten aneinander vorbei, weichen sich aus und drängen sich mühsam an uns vorbei, immer hin und her, auf und ab.

Und so jahrelang alle Tage! Welch ein vollengetriebenes Maß menschlichen Jammers und unstillbaren Mitleidsleidens! Wie früh schon beginnt bei den Armen und wie unfagbar schwer der Kampf ums Dasein und — man darf nur die im mittleren Mannesalter schon gebrochene Gestalten sehen — wie unerträglich verdirbt er das Leben! Gleich schienen mich die Bänderungen an und demütig bittend freiden sich die Hände aus. Wenn hätte ich alles, was ich bei mir trug, hingegeben, — denn was war

die Gabe für mich und was war sie für diese! — aber es wurde mir die Barmherzigkeit verweigert, „weil es nicht gut sei und die Intimität werde.“ Tausende Arbeiter und zweihundert Knaben sollen zurzeit dort beschäftigt sein und erziehe zwei bis drei, die Knaben eine bis anderthalb Vire Tagelohn erhalten bei achtstündiger, ununterbrochener Arbeit von 7 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags! (1 Vire = 85 Pfg.) Was sie an Nahrung mitgebracht haben, vergehen sie unten in den Minen. Man erzählt, wenn man die Leute richtig zu behandeln wisse, könne man gut mit ihnen auskommen und sie seien wie Kinder. Es ließe sich auch un schwer, wenigstens teilweise, die Arbeit der Garust durch Maschinen ersetzen. Mit solcher Neuerung würde man jedoch einen Sturm des Unwillens hervorzurufen, denn hier sei im vollsten Sinne des Wortes der Kinder Elend das Brot der Eltern.

Wer diese Schilderung liest, der wird es verstehen, daß jene armen, unter den allertraurigsten und gesundheitsgefährlichsten Verhältnissen leufenden Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage auf keinen Fall ruhig hinnehmen wollten.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 17. September 1907.

Die Vorlage eines Reichsvereinsgesetzes soll, wenn die der Köln. Bg. aus besserer Quelle zugegangene Information richtig ist, alsbald nach seinem Zulammentritt dem Reichstage gemacht werden. Durch das Gesetz soll den Frauen unbeschränkter Zutritt zu Vereinen und Versammlungen eingeräumt werden, sowie die Fortschritt der Vorlegung der Mitgliederverzeichnisse und vermutlich auch die Beschränkung der Vereinszugehörigkeit und der Zutritt zu Versammlungen durch eine Altersgrenze in Wegfall kommen. Das Blatt sagt, es sei selbstverständlich anzunehmen, daß sich im Reichsvereinsgesetz auch für ein Präventivverbot von Versammlungen kein Raum finde. Das soll wohl mit anderen Worten heißen, daß ein Verbot von Versammlungen von vornherein ausgeschlossen ist. Hoffentlich gelangen bald mehrere Einzelheiten über das Reichsvereinsgesetz an die Öffentlichkeit, damit die am meisten daran beteiligten Kreise sich dazu auch äußern können.

Die Organisation der Arbeitgeber macht von Woche zu Woche weitere Fortschritte. Wie die Unternehmerorganisation regelmäßig liest, der wird in jeder Nummer Nachrichten von erfolgter Gründung neuer Verbände oder von festerem Zusammenschluß derselben finden. Jetzt haben sich die Lokal- und Bezirksarbeiterorganisationen des Tapeziererzwerkes zu einem Schutzverbande mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen. Auch derselben ist der Schutz der Mitglieder bei Lohnbewegungen der Gehilfen und einseitige Regelung der Tarifverträge. Auch die deutschen Spielwarenfabrikanten haben in diesen Tagen eine Versammlung abgehalten, in welcher die Vorbereitungen für eine Vereinigung der Arbeitgeber über ganz Deutschland getroffen worden sind. Auch hier wird als Zweck des Verbandes der Schutz der Arbeitgeber bezeichnet, um den ungerechtfertigten Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten zu können. Man darf hoffen, daß diese Dinge auf die Dauer doch nicht spurlos an den indifferenten Arbeitermassen vorübergehen, daß sie den Wert der Organisation begreifen lernen und sich ebenfalls ihren organisierten Kollegen anschließen.

Der internationale Friedenskongress hat in der vergangenen Woche in München gelagt. Die Deutschen Gewerksvereine haben der Friedensbewegung von jeher lebhaftes Interesse entgegengebracht. Unser vorstrebender Anwalt und Führer Dr. Max Hirsch ist einer der eifrigsten Mitarbeiter und Geschäftsführer der deutschen Abteilung der Friedensgesellschaft gewesen und hat als solcher oftmals Gelegenheit gehabt, für die Friedensbestrebungen zu wirken. Wie in früheren Jahren, so ist auch diesmal dem Kongress eine Enzyklopädieumgebung durch den Verband der Deutschen Gewerksvereine zugegangen. Aus den Verhandlungen, über die in der Tagespresse ausführlich berichtet worden ist, führen wir nur eine Resolution an, die besonders sich mit der Ausbreitung der Friedensbestrebungen in den Kreisen der Arbeiter beschäftigt:

Der Kongress wünscht, obwohl er seine Anerkennung für die Arbeit ausdrückt, die zahlreiche Arbeiterführer und Gewerkschaften (Trade Unions) für den Frieden geleistet haben, im Anschluß an die Resolutionen der Kongresse von 1905 und 1906, daß die verschiedenen Friedensorganisationen aller Länder auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht werden, die Arbeiter und Arbeiterinnen sowohl einzeln wie als Vereine für die Friedensbestrebungen zu interessieren und sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Als Argumente sollte man nicht nur den materiellen Vorteil anführen, den sie aus einer Verminderung der Steuerlasten gewinnen würden, sondern auf das hohe Ideal der Menschlichkeit hinweisen, welches sich auf Gesetz und Rechte stützt. Der Einsatz des Volkes ist nötig, der Einsatz aller Klassen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Elektromonteurs von Hamburg-Altona dauert noch fort, wenn auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter bereits zu den neuen Bedingungen arbeitet. — In Bünde i. B. sind in der Zigarrenfabrik von Wellensilf & Co. die Zigarrenarbeiter, Sortierer und Packer wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. — In einem Streik des Buchdruckerhilfspersonals ist es am Sonnabend bei der „Berliner Morgenpost“ gekommen, da die Arbeiter sich weigerten, Aufträge auszuführen, zu denen sie durch ihren Tarifvertrag nicht verpflichtet zu sein glauben. Die Organisationsleitung war mit der Arbeitsniederlegung nicht einverstanden und hat auch die Wiederaufnahme am nächsten Tage veranlaßt. — In einer Tarifbewegung befindet sich seit längerer Zeit auch das Hilfspersonal der Buch- und Stein-druckereien von Nürnberg-Fürth. Wenn auch die meisten Firmen die im Tarif geforderten Löhne bereits bezahlen, so wünschen die Arbeiter doch die grundsätzliche Anerkennung des Tarifs. — Eine Lohnbewegung im Betriebe der Weisknecht und Hermsdorfer Gruben und des Waldburger Reviers ist im Gange. Es handelt sich um eine Erhöhung des Lohnes und der Abschlagszahlung. Vom Streik soll einstweilen abgesehen, dagegen gefündigt werden, wenn sich eine Einigung mit den Betriebsbesitzern nicht erzielen läßt. — Einem friedlichen Abschlus hat die Lohnbewegung der Schärer in Oberbahren gefunden dadurch, daß ihren Forderungen in einem Tarifvertrag wenigstens zum Teil Rechnung getragen wurde. — Der Streik der Marmorarbeiter in Berlin dauert noch fort. Eine Anzahl von Firmen hat die Forderungen jedoch bewilligt. — Die Feilenhauer und Hilfsarbeiter der Firma Hilbert in Heide haben die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunde erreicht. Für Lebensunterhalt erhalten sie, wenn sie nicht zu vermeiden sind, 10 Pfg. Zuschlag. — In der Musikinstrumentenfabrik von Moritz in Berlin sind Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung geführt haben. — In eine Lohnbewegung sind die Buchbindergehilfen in Potsdam-Knowawes eingetreten. Sie verlangen die 9stündige Arbeitszeit und Festsetzung von Minimallöhnen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; man hofft jedoch zu einem günstigen Resultat zu gelangen.

Die Ausichten auf Beendigung des Docksstreiks in Antwerpen haben sich wieder verschlechtert. Der neue Vorschlag, daß die Verarbeiter gegen eine tägliche Lohnerhöhung um 50 Cts. sich verpflichten, binnen Jahresfrist keine neuen Forderungen zu stellen, hat keinen Anklang gefunden, so daß also der Kampf weiter geht. Ubrigens ist es im Essen (Wuhr) wegen des Streiks in Antwerpen dadurch zu Ausschreitungen gekommen, daß zurückgekehrte Hafenarbeiter die Agenten, die sie angeworben hatten, angriffen, weil ihnen in Antwerpen ihr Lohn vorenthalten sein soll. — Im Kohlenbergwerk Brennenberg bei Debenburg (Ungarn) streiken 1000 Bergarbeiter, weil ihnen die Festsetzung eines Minimallohnes verweigert wurde. — Seit Monaten besteht in Damos (Schweiz) ein Streik der Schneizer, der wenig aussichtslos ist. Insofern hat die Ausschüßigen eine derartige Erörterung ergriffen, daß in einer der vergangenen Nächte an mehreren Orten gegen die Häuser von Arbeitswilligen und Meistern Bomben geworfen wurden, durch die nicht nur erheblicher Materialschaden angerichtet, sondern 2 Arbeiter schwer verletzt wurden. Infolge dieser Attentate sind verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden. — Die organisierten Eisenbahner Englands beabsichtigen in den Generalstreik einzutreten, weil die Eisenbahngesellschaften ihre Organisation nicht anerkennen wollen. Es wurde beschlossen, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen.

Im Alter von 91 Jahren ist der Verbands-genosse Wittig, Mitglied des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Zülchow, gestorben und am 15. d. Mts. zur letzten Ruhe bestattet worden. Er war Gewerksvereiner bis zum letzten Augenblick. Trotz körperlicher Gebrechen hielt er treu zu unserer Sache. Wie lebhafter Anteil er an der Organisation nahm, beweist die Tatsache, daß ihm, da er fast gänzlich erblindet war, der „Gewerksverein“ und der „Fabrik- und Handarbeiter“ regelmäßig vorgelesen werden mußten. Den alten Borkämpfer für unsere Sache ist ein treues Andenken bewahrt. Möge er den übrigen Verbandsgenossen als Vorbild dienen!

Zur Frage des 8 Uhr-Ladenschlusses nimmt auch der Käufer und Stellung. Er wendet sich an diejenigen, die bei der Einführung dieser sozialen Reform die Ausschlaggebenden sind: an das kaufende Publikum. Wenn das kaufende Publikum aller Kreise seine Einkäufe vor 8 Uhr abends besorgt, so wird auch der letzte Widerstand, der gegen die Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses besteht, schnell überwunden. Die Geschäftsinhaber werden ebenso wie die Angestellten für die Wohlthat des früheren Ladenschlusses eintreten, wenn durch die Einführung des kaufenden Publikums keinerlei schädlicher